

Deutsche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen

Morgen-Ausgabe

In ganz Halle die einzige 2 mal täglich erscheinende Zeitung

Bezugspreis:

monatlich 3,40 Goldmark. — Bestellungen nehmen sämtliche Postämter, Briefkägen und unter Nachnahme entgegen. — Abent Gewinnt enthält den Betrag von 3 Schillingen.

Halle-Saale

Anzeigenpreis:

Die 8 Spalten 24 mm breit (mit Spalten) 10 Pfennig. Kleinere Anzeigen 6 Pfennig. Familien-Anzeigen 4 Pfennig. Stellungsanzeigen 3 Pfennig. Die 3 Spalten 24 mm breit (mit Spalten) 20 Pfennig. Neben nach Zeit. Zeitungsanzeigen. Halle-Saale.

Verkaufsstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62. Fernruf Zentrale 7801, Telephon von 7 Uhr an Redaktion 6609 und 6610. — Postbezugsstelle Leipzig 30 512.

Dienstag, 29. Juli 1924

Befähigtete Berlin: Bernburger Str. 80. Fernruf zum Kurfürst 0290. Klasse Berliner Schriftzeitung. — Verlag u. Druck von Otto Thiele, Halle-Saale

Deutschlands Einladung hinausgeschoben

Keine Einigung in der Vorkonferenz

Die heutige Vollziehung

London, 28. Juli.

(Eigener Drahtbericht.)

Die heutige Vollziehung der Konferenz hat beschließen, die Entscheidung über die Frage der Einladung an Deutschland den fünf Delegationsführern, dem Rat der fünf, zu überlassen. Magdeburg für diese Entscheidung war, daß eine Einigung über den Zeitpunkt der Einladung vor Beginn der Vollziehung der Konferenz nicht erzielt werden konnte. Nach Auffassung in sehr gut unterrichteten Kreisen zu urteilen man, daß unter diesen Umständen die Einladung an Deutschland nach heute beschließen werden wird.

Vorläufig keine Räumung des Ruhrgebietes

Paris, 28. Juli.

(Eigener Drahtbericht.)

Nach einer Gegendung wird die Frage der militärischen Räumung des Ruhrgebietes auf der Konferenz nicht zur Sprache gebracht, obwohl die Führer der verschiedenen Regierungen in einem Memorandum über diese Frage eingetreten sind. Die französische Delegation ist die sofortige Räumung des Ruhrgebietes nicht ins Auge, doch werde sie in eine Zurückziehung der Truppen in einem ziemlich entfernten Zeitraum einwilligen. Diese Zurückziehung wird in einigen auf einander folgenden Etappen vor sich gehen.

Ein neuer amerikanischer Vorschlag

London, 28. Juli.

(Eigener Drahtbericht.)

Der amerikanische Beobachter Logan hat bei der ersten Kommission heute vorgetragen einen Vorschlag unterbreitet, der sich auf nachfolgende Punkte bezieht: Die deutsche Regierung und die Reparationskommission werden Vertreter ernennen, die sich mit den Bankiers in Verbindung setzen und zusammen die Verwendung für die 200-Millionen-Markteile bestimmen. Die französischen Schuldverhältnisse werden sich grundsätzlich mit diesen Vorschlägen abzustimmen erklärt. Ein englischer Seite bestimmt sich über der Schuldenlasten. Der erste Kommission ist heute nachmittag um 3 Uhr zu einer neuen Sitzung zusammengetreten und wird über den Vorschlag weiter verhandelt.

Der Bericht der Juristen

Paris, 28. Juli.

Nach dem „Daily Telegraph“ enthält der Bericht der juristischen Kommission vierzehn Punkte, deren Inhalt unten kurz mitgeteilt ist, teils nachstehend wiederzugeben ist: Über den Inhalt des Rechtsgutachtens der Sachverständigen Promagot und Sir Cecil Quist über die Einleitung der Deutschen meldet der Londoner Korrespondent des „Daily Warrent“, daß der Bericht fünf mit der Militärischen Seite unvereinbar ist. Er beginnt mit Ausfahrungen über die Friedensverträge, insbesondere über den Vertrag, den Clemens am 19. 10. an Woodrow Wilson richtete, als er ihm den Text des Vertrages übermittelte. Dieser Brief enthält die Erklärung, daß die Alliierten zu keiner Einmischung in die deutsche Verfassung befugt seien. Die Sachverständigen halten fest, daß der Plan dieses Dokumentes mit der im Friedensvertrage nicht in Betracht gezogen worden seien, und daß eine Einmischung in die innerdeutschen Regierungsangelegenheiten unzulässig, namentlich die Notwendigkeit, die Verfassungsgerichtsbarkeit, die Wahlrechtsorganisation und die Wahlverfahren betreffend, anzuheben. Demnach könnten hätte sich Promagot und Sir Cecil Quist auf den Standpunkt gestellt, daß die Londoner Konferenz ihren Willen in der Unterzeichnung der vier Punkte finden möchte, die im Anschluß an die Unterzeichnung aufgestellt werden würden, je nachdem ob sie sich bezüglich der Entwurfskommission und den Deutschen, zwischen den Franzosen und den Belgiern einerseits und den Deutschen andererseits oder zwischen den Alliierten allein abstimmen.

Der Unvermeidliche

Berlin, 28. Juli.

(Von unserer Berliner Schriftleitung.)
Der Herr Reichstag ist es nicht gelungen, Außenminister der Reichlichen Republik zu werden und seine Verbindungen zu französischen und englischen Genossen als Sprachrohr Deutschlands auf der Londoner Konferenz auszunutzen. Man er mag unbedingt dabei sein. Das Wie ist gleichgültig. Was er freigt er von seiner hohen Abgeordnetenwürde herab und sich nach „Nordwärts“ als Berichterstatter nach London senden, worfür das Organ der sozialdemokratischen Partei Deutschlands wohl kein Zeilenonozar zu zahlen hat.

Wir würden es durchaus für richtig halten, wenn die deutsche Delegation diese Frage tragen würde, denn es würde ihr und diesen Unvermeidlichen ein aller Welt erkennbarer Akt stand gemacht dieist.

Hughes verläßt London

London, 28. Juli.

Staatssekretär Hughes hat heute früh mit seiner Gattin London verlassen, wo er heute seinen Wohnort als Botschafter nach Frankreich hat. Er hat sich nach Paris begeben.

Deutsche Kinder sollen zu Propaganda zwecken mißbraucht werden

Berlin, 28. Juli.

Das Zentralkomitee für internationale Arbeiterhilfe hat bekanntlich bei der Reichsregierung den Antrag auf Unterstützung der Ausreise erholungsbedürftiger Kinder nach Frankreich gestellt. Wie wir von zuverlässiger Stelle erfahren, hat die Reichsregierung beschlossen, dem Zentralkomitee der internationalen Arbeiterhilfe in Berlin auf das Gesuch mitzuteilen, daß sie nicht in der Lage sei, die von ihr beschriebene Unternehmung zu bewilligen. Im Frankreich durch behördliche Maßnahmen zu unterstützen. Es handelt sich bei diesem Plan um eine weltweite politische Aktion, mit der man den reinen Zweck der Kinderhilfe nicht befolgen dürfte. Die Reichsregierung sieht zur Begründung ihres Beschlusses u. a. nach folgendes an: Im sich bezieht die Reichsregierung den entgegenkommen den Beschluß des jetzigen französischen Ministerpräsidenten im Gegenfall zu seinem Vorgänger, deutschen Kindern in Frankreich die Einreise zu gestatten. Wenn daraufhin von anderer Seite die Unterbringung von deutschen Kindern in Frankreich angeregt werden wäre, würde die deutsche Regierung die übliche Unterbringung dieser Kinder nicht verweigern. Im vorliegenden Falle handelt es sich jedoch um einen rein politischen Propaganda-Akt der kommunistischen Internationalen Arbeiterhilfe. Die internationale Arbeiterhilfe bezieht diese Hilfe lediglich aus politischen Gründen zum Zwecke kommunistischer Propaganda. Der Regierung liegt darüber umfangreiches Material vor.

Das Hamburger Fremdenblatt zu einem geplanten kommunistischen Putsch

Hamburg, 28. Juli.

Weder den von den Kommunisten für den 4. August geplanten Putsch vorantreibt das „Hamburger Fremdenblatt“ weitere geheime kommunistische Instruktionen.

Danach soll das Signal zum Ausschlagen ein Attentat in Berlin sein. Der militärische bewaffnete Vorstoß hat entweder sofort oder in Zusammenhang mit einer politischen Kampfbewegung zu erfolgen. Als geeigneter Anlaß wird der 4. August vorgezogen. In diesem Sinne muß die R. P. D. die Waffen an sich reichen und die Bewegung militärisch durchführen. Erwerbslose, Kriegesbeschädigte, sowie möglichst viele Frauen und Kinder sind an den Kundgebungen heranzuziehen. Die Arbeitlosen sollen die Arbeiter aus den Betrieben heraus und stellen sie in die Straßen ein. Jede Demonstration ist zu einem Kampf gegen die Polizei auszubauen. Die Genossen müssen für ein gutes Mißli Sorge tragen, damit sie nachweisen können, daß sie während der Kämpfe an anderen Orten getötet sind. (1) Die militärischen Kämpfe sollen sich unmittelbar aus den vorbereiteten Massenversammlungen entwickeln. Die Militär-Parteiangehörigen der R. P. D. werden in bewaffneten Gruppen von 4 bis 8 Mann in Demonstrationszüge verteilt. Waffen sind unerschöpflich zu tragen. Die bewaffneten Kampfbataillone sollen sich in den proletarischen Massen, im Freien, Kinder und Arbeiterbesitzungsmittel, gut einlagern, damit sie für den Gegenangriff fähig sind. Die Arbeiter sollen nicht in ihren eigenen Wohnvierteln zum Kampf verwendet werden. Das Kampfbataillon ist in die Vorkampfbataillone zu zerlegen, damit auch diese Leute etwas von Kampfe haben. Jeder erst zu nehmende Feind der proletarischen Kämpfer ist zu erschlagen. Wer auf dem Kirchhof liegt, rebelliert nicht mehr. Es sind Berichte über den Erfolg der proletarischen Massenbewegung auszuführen, um die Bevölkerung zu den kämpfenden Arbeitern herüberzuziehen und auf die Gefahr aufmerksam zu machen. Weitere geheime Anweisungen der R. P. D. betreffend die Verteilung der Waffen, die Ermordung der Wehrdienstlichen, die Verteilung von Wundmitteln, Panzen, Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerken, sowie die Stilllegung der Verkehrsmittel, Sprengung von Polizeiwachen usw.

Der Katowitzer Taa ins Wasser gefallen

Katowitz, 28. Juli.

Der Tag der angeblichen Ausrufung der Räterepublik in Ostschlesien hat entgegen allen Erwartungen einen durchaus ruhigen Verlauf genommen.

In den Morgenstunden des Samstagens waren die Mitglieder des Arbeiter Ausschusses der Betriebsräte ruhig verhaftet worden. Trotzdem sind im Laufe des Samstagens ungeheure Mengen von Polizeikräften nach Katowitz gezogen worden. Der verhaftete Arbeiter Ausschuss hat sich auf einem Demonstrationen gegen eine Verlagerung der Arbeitsteilung geübt. Von den frühesten Morgenstunden des Sonntag an hatten die Polizeikräfte sämtliche Stadteingänge besetzt. Erst in den Abendstunden wurde die Polizei aus der ganzen Stadt wieder zurückgezogen, ohne daß es zu einer Unterbrechung der Arbeiterarbeit gekommen war.

Französischer Schutz für Kommunisten

Düsseldorf, 28. Juli.

Die Kommunisten hatten für heute eine Versammlung nach der Städtischen Tonhalle einberufen, auf der der Reichstagsabgeordnete Ras über den Fall Doermann und die bannverbotene Polizei ein Referat halten wollte. Oberbürgermeister Dr. Lohr verweigerte die Versammlungserlaubnis und die bannverbotene Polizei hat den Befehl, die Versammlung zu verhindern. Die Versammlung findet also heute statt.

Die russische Delegation für London auf dem Heimwege

Königsberg, 28. Juli.

(Eigener Drahtbericht.)

Der Leiter der russischen Delegation, Scheinmann, der Führer der russischen Delegation in London, und dessen Privatsekretär haben sich heute im Flugzeug von Königsberg nach Moskau begeben.

Painleve kommt nach Polen

Warsau, 27. Juli.

Wie mitgeteilt wird, beschäftigt der französische Kammerpräsident und Sozialist Painleve, Ende Juli eine Studienreise nach Polen zu machen. Insbesondere will Painleve die Verhältnisse im Warschauer Gebiet kennen lernen. Die litauische Zeitung „Echo“ bemerkt hierzu, daß der französische Kammerpräsident ein eifriger Verfechter der Bildung der Winafrage im Sinne Litauens ist.

Eine türkische Militärmission in Polen

Berlin, 28. Juli.

In den letzten Tagen des August, wird in Warschau eine türkische Militärmission erwartet, die aus sechs Offizieren besteht, mit General Nadjib Pascha, dem Chef der Militärschulen in der Türkei, an der Spitze. Die Mission soll die Kriegsschulen in Polen besichtigen und wird von den polnischen Militärbehörden feierlich empfangen werden.

Das neue jugoslawische Kabinett

Belgrad, 28. Juli.

Der König hat den Führer des oppositionellen Wlass, Dabivich, mit der Bildung eines Konzentrationsskabinetts beauftragt. Das Kabinett ist bereits zusammenge stellt und vom König bestätigt. Es hat folgende Zusammensetzung: Präsident: Davidovic (Demokrat), Vizepräsident: Dorotic (Konservativer Arbeiter), Unterrichtsminister: Spalac (Konservativer Arbeiter), Justizminister: Marinkovic (Demokrat), Innenminister: Petrovic (Radikal). Die Bezeichnung des neuen Kabinetts ist erfolgt. Der König hat sich nach Belgrad begeben.

Die Unruhen in Brasilien

New-York, 28. Juli.

Nach dem Mißerfolg des ersten großen Sturmangriffes der Regierungstruppen auf Sao Paulo stehen sich nun beide Parteien gegenüber, ohne daß Aussicht besteht, in Kürze eine entscheidende Wendung des Kampfes herbeiführen zu können. Einige Berichte vergleichen die Lage mit den Schlachtengrußkämpfen des Weltkrieges. „Associated Press“ verbreitet eine fragwürdige Meldung: Deutsche und italienische Offiziere, die in Sao Paulo anwesig seien, hätten die Durchführung der Verteidigung geleitet. Bekanntlich befragten die früheren Berichte, daß gerade in Sao Paulo der Einfluß der französischen Infrastruktur sehr stark sei. Eine Proklamation des brasilianischen Kriegsministeriums de Carlo fordert die noch in Sao Paulo verbliebenen Zivilisten auf, die Stadt zu verlassen, um ohne Rücksicht auf die Rebellen vorgehen zu können. Das Staatsdepartement in Washington erhielt die Mitteilung, die Regierungstruppen bezielten einen Gegenangriff in großem Maßstabe gegen die belagerte Stadt vor.

